



SP
Michael Kraft,
Gemeinderat



SVP
Christoph Marty
Gemeinderat
SVP 10



FDP
Martina Zürcher,
Vizepräsidentin
FDP 10



GRÜNE
Kathy Steiner,
Kantonsrätin



GLP
Lukas Rich,
Präsident
Grünliberale (glp)
Kreis 6&10



AL
Judith Stofer
Kantonsrätin AL,
Zürich

Am 28. Februar kommen vier Vorlagen auf kantonaler und vier auf eidgenössischer Ebene zur Abstimmung. Der «Höngger» hat die in den Zürcher Parlamenten vertretenen Parteien aus dem Wahlkreis 6 und 10 um ihre Empfehlung gebeten. Die Nummerierungen auf dieser Doppelseite entsprechen jenen der Vorlagen.

Kantonale Vorlagen

- 1) Notariatsgesetz (NotG) (Änderung vom 6. Juli 2015; Reduktion der Grundbuchgebühren).
- 2) Verwaltungsrechtspflegegesetz (Änderung vom 17. August 2015; Straffung von Rekurs- und Beschwerdeverfahren).
- 3) Kantonale Volksinitiative «Für die öffentliche Bildung (Bildungsinitiative)».
- 4) Kantonale Volksinitiative zur Durchsetzung der minimalen Lohn- und Arbeitsbedingungen (Lohndumping-Initiative).

Eidgenössische Vorlagen

- 1) Volksinitiative vom 5. November 2012 «Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe».
- 2) Volksinitiative vom 28. Dezember 2012 «Zur Durchsetzung der Ausschaffung krimineller Ausländer (Durchsetzungsinitiative)».
- 3) Volksinitiative vom 24. März 2014 «Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln!».
- 4) Änderung vom 26. September 2014 des Bundesgesetzes über den Strassentransitverkehr im Alpengebiet (STVG) (Sanierung Gotthard-Strassentunnel).

Sonntag, 28. Februar

«Höngger Zmorge»

10 bis 12 Uhr, an jedem Abstimmungswochenende findet der «Höngger Zmorge» statt. Ort: museum Höngg, Vogtsrain 2.

Kantonale Vorlagen:

- 1) **Nein**, denn von dieser Gebührensenkung würden vor allem grosse Immobilienfirmen profitieren, während dem Kanton rund 15 Millionen Franken jährlich entgingen.
- 2) **Nein**.
- 3) **Ja**, weil Bildung unser höchstes Gut ist: Die Initiative gewährleistet allen Menschen im Kanton den kostenlosen Zugang zu öffentlichen Bildungseinrichtungen.
- 4) **Ja**, weil Verstösse gegen Gesamtarbeitsverträge und Branchenregelungen den anständigen Unternehmen und den Arbeitnehmenden schaden.

Eidgenössische Vorlagen:

- 1) **Nein**, denn hunderttausende gleichgeschlechtliche Paare werden aufgrund der rückständigen Ehedefinition diskriminiert. Nicht zuletzt führt die Vorlage zugunsten von rund 80 000 Paaren zu Steuerausfällen von über zwei Milliarden Franken: Bezahlen müssten dies Singles, Konkubinatspaare und weniger verdienende Ehepaare.
- 2) **Nein**. Es kann niemand wollen, dass Secondos, die ihr «Herkunftsland» bestenfalls aus den Ferien kennen, selbst bei leichten Delikten automatisch ausgeschafft werden. Das wäre mit dieser Vorlage aber der Fall. Sie hebt den Rechtsstaat aus und geht unter dem Deckmäntelchen der «Durchsetzung» viel weiter als die angenommene Ausschaffungsinitiative.
- 3) **Ja**, denn mit Essen spielt man nicht! Die verantwortungslose Profitmacherei verzerrt Preise und ist dadurch am Hunger in der Welt mitschuldig. Die Initiative setzt dem ein Ende, lässt die wichtige Preisabsicherung für Bauern aber nach wie vor zu.
- 4) **Nein**. Die Sanierung ohne Weiteres durchführbar und erst noch günstiger. Mit zwei Röhren würde es nicht lange dauern, bis der Verkehr vierspurig durch den Gotthard braust und der Transitverkehr würde sich verdoppeln.

Kantonale Vorlagen:

- 1) **Ja**. Der Staat soll seine Kernaufgaben sicher und zuverlässig erfüllen. Dazu gehört das Grundbuchamt. Gebühren und Tarife sollen die Kosten decken. Sie sollen aber nicht allgemeine Staatseinnahmen bilden. Deshalb ist eine Gebührenreduktion für Grundbucheinträge und Änderungen angebracht.
- 2) **Ja**. Jeder, der schon einmal mit Verfahren zu tun hatte, weiss: Es gibt unendlich viele Einsprachen, Weiterzüge und Rekurse. Man muss die Verfahren straffen.
- 3) **Nein**. Die Bildungsinitiative verlangt einen kostenlosen Zugang zu allen öffentlichen Bildungseinrichtungen. Der Zugang zu Bildung ist heute sichergestellt.
- 4) **Nein**. Die Gewerkschaften wollen neue Zwangsmassnahmen beim Lohn. Es braucht aber nicht mehr, sondern weniger Vorschriften.

Eidgenössische Vorlagen:

- 1) **Ja**. Die Familie ist das Fundament unserer Gesellschaft. Eine kluge Politik stärkt die Familie. Die Abschaffung der Heiratsstrafe will im Steuerrecht eine diskriminierende Regelung der Ehepaare beseitigen.
- 2) **Ja**. Das Volk hat die Ausschaffungsinitiative angenommen und den Gegenvorschlag versenkt. Der Bundesrat wollte trotzdem den Gegenvorschlag umsetzen. Daher braucht es die Durchsetzungsinitiative. Es geht um schwere Verbrechen wie Mord, Vergewaltigung, Raub, Einbruch. Mehr Sicherheit für alle – kriminelle Ausländer endlich ausschaffen.
- 3) **Nein**. Die extreme Initiative will Investitionen verhindern. Es braucht aber Investitionen, auch im Agrarsektor und bei Lebensmitteln. Nein zu dieser extrem linken, weltfremden Verbots-Initiative.
- 4) **Ja**. Der alte Tunnel muss saniert werden. Damit wäre das Tessin für drei Jahre von der Schweiz abgeschnitten. Es braucht sichere Strassen, damit der Verkehr flüssig fliesst.

Kantonale Vorlagen:

- 1) **Ja**. Die Erträge der Gebühren für Grundbuchänderungen sind zurzeit doppelt so hoch wie deren Aufwände. Eine Gebühr soll die Kosten decken und nicht eine zusätzliche Steuer darstellen.
- 2) **Ja**, damit im Rekurs- und Beschwerderecht des Kantons für staatliche Behörden gleich lange Fristen gelten wie für normale Bürger.
- 3) **Nein**. Volks-, Mittel- und Berufsschulen sind bereits heute unentgeltlich. Die Studiengebühren der Hochschulen sind massvoll, für finanziell schlecht gestellte Personen gibt es Stipendien.
- 4) **Nein**. Fehlbare Arbeitgeber können schon heute belangt werden. Die Initiative verstösst aber gegen Bundesrecht und missachtet verfassungsmässig geschützte Rechte wie beispielsweise die Verhältnismässigkeit oder die Wirtschaftsfreiheit.

Eidgenössische Vorlagen:

- 1) **Nein**, absolute Steuergerechtigkeit gibt es nie. Beispielsweise sind Ehe- den Konkubinatspaaren bei der Erbschaftssteuer um Längen bevorteilt. Weiter lehnen wir die enthaltene Ehe-Definition als Verbund von Mann und Frau und somit eine Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Paare ab.
- 2) **Nein**. Das Parlament hat 2015 das Gesetz zur Ausschaffungsinitiative umgesetzt – nur wegen der Durchsetzungsinitiative ist es noch nicht in Kraft. Sie enthält zusätzlich lediglich Bagatelldelikte, was sie unverhältnismässig und realitätsfremd macht.
- 3) **Nein**. Denn der Handel mit Nahrungsmitteln sichert auch die Produktion und dämpft Preisschwankungen. Den Hunger bekämpft die Initiative nicht, aber Schweizer Unternehmen wären mit zusätzlicher Bürokratie konfrontiert.
- 4) **Ja**, weil eine zweite Röhre für die Sanierung der ersten notwendig ist und das Tessin und die Wirtschaftsregion Lombardei nicht von der Deutschschweiz abgekapselt werden.

Kantonale Vorlagen:

- 1) **Nein**. Diese Gebühren wurden bereits 2009 um 40 Prozent gesenkt. Kleine Notariate auf dem Land sind defizitär, weil dort keine Gewinne durch grosse Verkäufe anfallen.
- 2) **Nein**. Die Änderungen gefährden die Qualität der Rechtspflege und die Fairness der Rekurs- und Beschwerdeverfahren erheblich, starre Fristen können zur Verlängerung von Verfahren führen.
- 3) **Stimmfreigabe**. Die Initiative kostet mehr als 100 Millionen Franken jährlich und funktioniert nach dem Giesskannenprinzip. Das Geld müsste besser für gerechte Stipendien eingesetzt werden, um tatsächlich mehr Chancengerechtigkeit zu erreichen.
- 4) **Ja**. Alle im Kanton Zürich tätigen Arbeitnehmer müssen vor missbräuchlichen Arbeitsbedingungen geschützt sein. Bei krassen Verstössen sollen Betriebseinstellungen und Arbeitsunterbrüche angeordnet werden können.

Eidgenössische Vorlagen:

- 1) **Nein**. Die Initiative könnte auch Eltern, die im Konkubinat leben, oder Patchwork-Familien diskriminieren. Keine Familie darf aufgrund ihrer Zusammensetzung oder Lebensweise finanziell benachteiligt werden.
- 2) **Nein**. Die Initiative will auch Ausländer der zweiten und dritten Generation selbst für kleine, gewaltfreie Vergehen automatisch aus der Schweiz ausweisen. Sie ist unverhältnismässig und verletzt das Recht auf das Leben mit der Familie für viele Schweizer, die mit Secondos zusammenleben.
- 3) **Ja**. Die Spekulation mit Nahrungsmitteln führt zu Preisexplosionen, welche vor allem Menschen in Entwicklungsländern sofort im Geldbeutel und Magen spüren.
- 4) **Nein**. Die zweite Röhre am Gotthard konkurrenziert die NE-AT, welche 2016 vollendet wird und über 20 Milliarden Franken gekostet hat. Der Gütertransport muss endlich von der Strasse auf die Schiene verlagert werden.

Kantonale Vorlagen:

- 1) **Ja**. Die glp empfiehlt, die Grundbuchgebühren zu senken.
- 2) **Ja**. Die glp unterstützt die Einführung von gleich langen Fristen in Verwaltungsverfahren.
- 3) **Nein**. Schulgelder und Studiengebühren sind schon heute zumutbar. Es gibt keinen Handlungsbedarf für eine weitere Senkung.
- 4) **Nein**. Die von der Initiative geforderten neuen Massnahmen gegen Lohndumping gehen viel zu weit und behindern eine gute Zusammenarbeit zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern.

Eidgenössische Vorlagen:

- 1) **Nein**. Die Initiative will die Ehe als Lebensgemeinschaft zwischen Mann und Frau in der Verfassung festschreiben, was gleichgeschlechtliche Paare diskriminiert.
- 2) **Nein**. Die Durchsetzungsinitiative schiesst weit über das Ziel hinaus. Auch in der Schweiz aufgewachsene Secondos müssten schon bei Bagatelldelikten und ohne Berücksichtigung des Einzelfalls ausgeschafft werden. Jedes richterliche Ermessen und der Grundsatz der Verhältnismässigkeit werden ausser Kraft gesetzt. Die Initiative verstösst damit in schwerer Weise gegen unsere rechtsstaatlichen Grundprinzipien.
- 3) **Nein**. Hunger und Armut müssen bekämpft werden, die Juso-Initiative bietet dafür aber keine Lösung. Ein nur in der Schweiz gültiges Handelsverbot ist ungeeignet, da es keinen Einfluss auf die Weltmärkte hätte und leicht umgangen werden könnte.
- 4) **Nein**. Mit einer teuren zweiten Röhre würde der Gotthardtunnel von zwei auf vier Spuren ausgebaut. Zwar verspricht heute der Bundesrat, dass davon je eine Spur dauerhaft gesperrt würde, aber das ist unglaublich: Was gebaut und bezahlt ist, wird über kurz oder lang auch genutzt werden. Der Schwerverkehr auf der Gotthardroute wird massiv zunehmen, die Verkehrsfolgen werden auch im Grossraum Zürich zu spüren sein.

Kantonale Vorlagen:

- 1) **Nein**. Eine Mehrheit des Kantonsrates will die Grundbuchgebühren nochmals um einen Drittel von 1,5 auf 1 Promille senken. Dadurch erleidet der Staat jedes Jahr Mindereinnahmen von 15 Millionen Franken. Von der Senkung profitieren nur die ganz grossen Immobilienbesitzer.
- 2) **Nein**. Die Vorlage will im Rahmen von Verwaltungsverfahren den Gemeinden verbieten, Fristerstreckungen zu beantragen.
- 3) **Ja**. Bildung ist unser einziger Rohstoff. Sparen bei der Bildung ist dumm. Bildung ist eine prioritäre staatliche Aufgabe, darum braucht es ein kräftiges Ja.
- 4) **Ja**. Die AL unterstützt die Initiative einstimmig. Sie verhindert, dass ausländische Arbeitnehmende zu Billigtarifen angestellt werden können. Mit der Annahme der Initiative wird auch das einheimische Gewerbe geschützt.

Eidgenössische Vorlagen:

- 1) **Nein**. Die Initiative vermischt zwei Dinge: Einerseits die Abschaffung der steuerlichen Nachteile für gutverdienende Ehepaare, andererseits die Festlegung der Ehe als Verbindung zwischen Mann und Frau. Damit verhindert sie die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare.
- 2) **Nein**. Dazu gibt es nur eine klare Antwort: Nein!
- 3) **Ja**. Die Spekulations-Stopp-Initiative hat eine einfache Forderung: Mit dem zynischen Geldverdien-Spiel der Banken mit dem Essen soll Schluss sein. Mit der Spekulation um Lebensmittel bereichern sich die reichen Länder auf Kosten der Ärmsten.
- 4) **Nein**. Wir lieben die Alpen und wollen einen grösstmöglichen Schutz für die Bergwelt. Eine zweite Tunnelröhre verdoppelt die Zahl der Lastwagen und damit den Ausstoss von Schadstoffen, Lärm und Unfällen. Zudem untergräbt die zweite Röhre die Verlagerung des Transitgüterverkehrs auf die Schiene. Wir sagen darum entschieden Nein zur zweiten Röhre.